

Protest gestartet: „Beratung in Not“

Diakonisches Werk erhöht den Druck auf Land und Kommunen

Christian Koepke

Trauer um einen Angehörigen, Trennung, Job-Verlust: Oft sind es Menschen in existenziellen Notlagen, die in der Evangelischen Beratungsstelle am Schweriner Hauptbahnhof Rat und Hilfe finden. Ob das Team um Leiter Klaus Schmidt diese Unterstützung auch vom kommenden Jahr an in vollem Umfang anbieten kann, ist allerdings ungewiss. Grund ist das Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes des Landes, dessen zweiter Teil am 1. Januar 2022 in Kraft tritt. Um auf die prekäre Situation der Beratung aufmerksam zu machen, hat das Diakonische Werk am Donnerstag die Aktion „Beratung in Not. Menschen in Krisen nicht allein lassen“ gestartet.

Das Problem, vor dem auch die Evangelische Beratungsstelle steht: Mit dem zweiten Teil des Wohlfahrtsgesetzes überträgt das Land die Verantwortung für die Beratung an die Kommunen und stellt nur noch so viel finanzielle Mittel zur Verfügung, wie die Kommunen ihrerseits aufbringen. Betroffen sind insbesondere die Allgemeine Soziale Bera-



Stellten in Schwerin die Aktion „Beratung in Not“ vor: Jürgen Stobbe, Katrin Kuphal, Kirsten Balzer, Olaf Hagen und Paul Philipps (v.l.)

Foto: Christian Koepke

tung, die Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Sucht- und die Schuldnerberatung. „Bisher bekommen wir für den Bereich der Ehe-, Familien- und Lebensberatung den größten Teil der Förderung vom Land und nur einen eher symbolischen Betrag von der Stadt“, erklärte Schmidt. Bedeutet: Um die Finanzierung künftig sicherzustellen, müsste die klamme Kommune ihre Zuwendungen an die Beratungsstelle erhöhen. Auf 48 großen Bannern in ganz MV erinnert das Diakonische Werk das Land und die Kommunen an ihre Verantwortung. „Für unsere Mitglieder ist bis heute noch komplett of-

fen, mit welcher finanziellen Förderung sie für die Beratungsangebote im kommenden Jahr planen können. Das bereitet uns große Sorgen um der Menschen willen, die auf diese Beratungsangebote angewiesen sind“, sagte Landespastor Paul Philipps, der gemeinsam mit der Geschäftsführerin der Evangelischen Suchtkrankenhilfe MV, Katrin Kuphal, der Geschäftsführerin des Diakoniewerks im nördlichen Mecklenburg, Kirsten Balzer, dem Geschäftsführer der Diakonie Westmecklenburg-Schwerin, Jürgen Stobbe, und dem Geschäftsführer der Sozial-Diakonischen Arbeit - Evangelische Jugend,

Olaf Hagen, die Aktion „Beratung in Not“ vorstellte. Indem er versuche, die Kosten für die Beratungsangebote immer mehr auf die Träger abzuwälzen, nehme der Staat seine Verantwortung für Menschen in Notlagen nicht wahr, kritisierte Jürgen Stobbe. Dabei sei der Hilfebedarf durch die Pandemie noch gestiegen, ergänzte Kirsten Balzer. „Wer zu uns in die Ehe-, Familien- und Lebensberatung oder die Schuldnerberatung kommen möchte, muss bis zu zehn Wochen warten. Für Menschen, die sich in einer Krise befinden, ist dies eine sehr lange Zeit.“ Balzer befürchtet, dass sich die Wartezeiten vom

kommenden Jahr an verlängern könnten.

Mit einer Kinderarmutsquote von mehr als 25 Prozent nehme Schwerin bundesweit einen traurigen Spitzenplatz ein, berichtete Olaf Hagen. Leider seien solche Daten in den Berechnungen des Gesetzes bislang nicht berücksichtigt. „Außerdem werden die Lebensrealitäten der Menschen beim Zuschnitt der Beratungslandschaft nicht angemessen berücksichtigt“, so Hagen. Ratsuchende aus dem direkten Schweriner Umland etwa, die in der Landeshauptstadt berufstätig seien, dürften vor Ort keine Beratungsangebote nutzen.